



**Gelsenkirchen**

**Niederschrift**

Nr. der Sitzung								
10	<input type="checkbox"/>	Öffentliche Sitzung	<input type="checkbox"/>	Nichtöffentliche Sitzung	<input checked="" type="checkbox"/>	Öffentlicher Teil	<input type="checkbox"/>	Nichtöffentlicher Teil
<b>Wahlperiode 2014 / 2020</b>								
Bezeichnung des Gremiums								
Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss								
Datum	Sitzungsdauer (von – bis)		Sitzungsgebäude, -raum					
25. Juni 2015	13.01 – 14.59		Gelsenkirchen, Hans-Sachs-Haus, Ratssaal					

Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der nachgehefteten Niederschrift.

Die Sitzungsteilnehmer sind in dem beiliegenden Teilnehmerverzeichnis aufgeführt.

Frank Baranowski  
Oberbürgermeister

Wolfgang Heinberg  
Stadtverordneter  
bis während TOP 2.1

Christina Totzeck  
Stadtverordnete  
ab während TOP 2.1

Jörg Kemper  
Schriftführer



Herr Oberbürgermeister Baranowski verwies auf die allen Ausschussmitgliedern vorliegende aktuelle Tagesordnung.

Herr Dr. Haertel beantragte im Namen der SPD-Fraktion die Absetzung des Tagesordnungspunktes 1.1 - Flohmarkt - Antrag der Ratsgruppe WIN -. Der Inhalt des Antrages sei bereits als Anfrage gestellt worden und durch die Verwaltung im Rahmen einer Mitteilungsvorlage für die Sitzung des Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschusses am 19. Februar 2015 eingehend beantwortet worden. Er verweise auch auf die für die heutige Sitzung vorliegende Mitteilungsvorlage im nichtöffentlichen Teil. Die Frage nach einer alternativen Flächennutzung stelle sich nicht.

Herr Akyol erklärte, der Antrag beziehe sich hauptsächlich auf das Pachtverhältnis. Er wolle die Fragen nach dem Pächter, der Pachtgebühr und der Pachtdauer näher beraten. An einem Rechenbeispiel erläuterte er, wie hoch die Pachteinnahmen seien könnten und welchen Verlust die Stadt Gelsenkirchen dadurch in Kauf nähme. Es könnten demnach zwei bis drei Millionen Euro an Einnahmen generiert werden. Außerdem wolle er wissen, ob es Bemühungen gebe, die Pacht unter marktgerechten Aspekten zu prüfen.

Herr Heinberg unterstützte namens der CDU-Ratsfraktion den Absetzungsantrag. Grundsätzlich könne er die Haltung gegen den Verkauf von Neuwaren unterstützen. In diesem Zusammenhang verweise er auf den WAZ-Artikel, in dem seine Partei zu diesem landespolitischen Themenkomplex Stellung bezogen habe. Er schlage vor, dies zu gegebener Zeit im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigungsförderung und Tourismus zu beraten.

Herr Oberbürgermeister Baranowski ließ über den Absetzungsantrag abstimmen. Dem Absetzungsantrag wurde einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt.

Herr Dr. Haertel bat um die Absetzung des Antrags der Ratsgruppe WIN - Sportparadies -. Herr Akyol sei von 2009 bis 2014 Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Gelsenkirchen GmbH, vormals GEW gewesen. In dieser Zeit habe Herr Akyol allerdings nur an sechs von 14 Sitzungen des Aufsichtsrates teilgenommen. Er sei verwundert über das nun gewachsene und große Interesse am Sportparadies. Der Aufsichtsrat lasse derzeit einen Bericht bzw. ein Gutachten über das Sportparadies und die Nutzung der Emscher-Lippe-Halle erstellen.

Herr Hauer erklärte, an einem Bericht der Verwaltung zum Sportparadies interessiert zu sein. Dieser böte eine Grundlage zur Diskussion. Er bezweifle, ob es rechtens sei, die Anwesenheit von Mitgliedern des Aufsichtsrates der Stadtwerke Gelsenkirchen GmbH an Sitzungen im öffentlichen Teil einer Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschusssitzung zu thematisieren. Er unterstütze den Antrag der Ratsgruppe WIN.

Herr Akyol begrüßte, dass die Geschäftsführung der Stadtwerke Gelsenkirchen GmbH die Notwendigkeit erkannt habe, einen Bericht erstellen zu lassen. Als die Ratsgruppe WIN diesen Antrag gestellt habe, sei über die Erstellung eines Gutachtens noch nichts bekannt gewesen. Er sei auf die Ergebnisse gespannt.

Herr Heinberg erklärte, auch die CDU-Fraktion stimme gegen den Verbleib des Antrages auf der Tagesordnung. Eine singuläre Betrachtung sei an dieser Stelle nicht zielführend. Er warte auf ein Bäderkonzept, in dem auch die Rolle des Sportparadieses eingehend betrachtet werde. Darüber könne dann diskutiert werden, wenn die Verwaltung eine Vorlage zum Bäderkonzept erstellt habe.

Herr Tertoča sagte, er sehe keinen Grund diesen Antrag abzusetzen. Er sehe es positiv, einen Zwischenstand zum Sportparadies zu erhalten. Er kritisiere die Äußerung über die Teilnahme von Herrn Akyol an den Aufsichtsratssitzungen. Die Aufsichtsratssitzungen seien nichtöffentlich, daher wäre es an dieser Stelle auch nicht angebracht, Auskünfte zu erteilen.

Herr Hansen schloss sich dem Wortbeitrag von Herrn Tertoča an.

Frau Gärtner-Engel erklärte, sie sei für den Verbleib des Antrages auf der Tagesordnung. Die Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen spiele bei der Debatte zur Tagesordnung überhaupt keine Rolle.

Herr Oberbürgermeister Baranowski ließ über die Absetzung des Antrags abstimmen.

Dem Absetzungsantrag wurde mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

Herr Dr. Pruin bat um Absetzung des Antrags der Ratgruppe WIN - Musiktheater -. Das Musiktheater werde regelmäßig unterstützt. Im Haushaltssicherungskonzept sei dem Musiktheater die Auflage gemacht worden, eine Mio. Euro einzusparen. Das Angebot des Musiktheaters werde sehr gut angenommen. Die Stadtgesellschaft würde sich durch ein vielseitiges Interesse an Kultur auszeichnen.

Frau Gärtner-Engel stimmte der Aussage von Herrn Dr. Pruin zu und stellte fest, eine Diskussion über Einsparungen am Musiktheater sei nicht gut.

Herr Tertoča erklärte, dass wohl ein unterschiedliches Verständnis von Kultur vorherrsche. Kultur ließe sich unter monetären Gesichtspunkten oder kulturellen Aspekten betrachten.

Herr Akyol führte aus, die Begründung des Antrages sei unglücklich formuliert. Er habe ein Gespräch mit der Geschäftsführung des Musiktheaters geführt. Seine Anfrage aus der letzten Sitzung habe eine andere Intention gehabt. Das Musiktheater solle nicht in Frage gestellt werden.

Herr Heinberg erklärte die Begründung des Antrages für suboptimal. Die Fragen, die Herr Akyol mit seiner Anfrage gestellt habe, würden in einem dafür eingerichteten Gremium, dem Aufsichtsrat der MiR GmbH, diskutiert werden. Ein Bericht zur Entwicklung des Musiktheaters werde regelmäßig im Ausschuss für Kultur gegeben.

Herr Hansen schloss sich den Aussagen seiner Vorredner an. Er sei ebenfalls für die Absetzung.

Dem Absetzungsantrag wurde einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt.

Herr Hauer fragte, warum die Beantwortung seiner Anfrage, Mitteilungsvorlage mit der Drucksache Nr. 14-20/1649, im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erfolge. Er habe die Anfrage im öffentlichen Teil der letzten Sitzung gestellt.

Herr Oberbürgermeister Baranowski erläuterte, dass es sich bei der Anfrage um eine Personalangelegenheit handele, die nach der Geschäftsordnung im nichtöffentlichen Teil zu behandeln sei.

Herr Dr. Haertel bezog sich auf den Tagesordnungspunkt 1.4 - Einsatz von OpenSource Systemen; Umgang mit Bürgeranregungen – Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -. In der vorletzten Sitzung des Ältestenrates sei verabredet worden, das Verfahren zu Bürgeranregungen nach der Sommerpause eingehend zu beraten. Die im Antrag erwähnte Anregung sei ihm inhaltlich nicht bekannt, daher könne darüber nicht beraten werden.

Herr Tertocha erwiderte, er wolle mit diesem Antrag lediglich Informationen zu dem Verfahrensablauf dieser Anregung erhalten. Auf eine inhaltliche Diskussion könne an dieser Stelle verzichtet werden.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Somit ergab sich folgende einstimmig beschlossene geänderte Tagesordnung:

### **Tagesordnung**

für die 10. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschusses  
am 25. Juni 2015

- öffentlicher Teil -

		Drucksache Nr.
1	Anträge gem. § 7 i. V. m. § 28 der Geschäftsordnung	
1.1 abgesetzt	Flohmarkt - Antrag der Ratsgruppe WIN -	14-20/1634
1.2 abgesetzt	Sportparadies - Antrag der Ratsgruppe WIN -	14-20/1636

1.3 abgesetzt	Musiktheater - Antrag der Ratsgruppe WIN -	14-20/1638
1.4	Einsatz von OpenSource Systemen - Umgang mit Bürgeranregungen - - Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -	14-20/1643 14-20/1673
2	Bürgerschaftliche Initiativen	
2.1	Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW hier: Förderung Freie Netze / Freifunk	14-20/1647 14-20/1663
3	Kleingartenwesen – Änderung des bestehenden Zwischenpachtvertrages mit dem Stadtverband der Kleingärtner	14-20/1425
4	Klimaschutz in Gelsenkirchen Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes Gelsenkirchen 2020 hier: Klimaschutz-Maßnahmenprogramm (KSMP) 2015 - 2017	14-20/1605
5	Schulsekretariate der Stadt Gelsenkirchen; Änderung der Berechnungsgrundlage und Anpassung des Stundenkontingents der Schulsekretärinnen	14-20/1622
6	Beschaffungen für die Feuerwehr	
6.1	Zwei Rettungstransportwagen für die Berufsfeuerwehr	14-20/1627
6.2	Sechs Mannschaftstransportfahrzeugen für die Freiwillige Feuerwehr	14-20/1624
7	Mitteilungen und Anfragen	
7.1	Anstehende Prolongation eines Liquiditäts- kredites am 21.08.2015 über rd. 25,0 Mio. CHF	14-20/1639
7.2	Anfrage des Stadtverordneten Herrn Hauer - Der Allgemeine Städtische Sozialdienst (ASD) -	14-20/1597
7.3	Anfrage der Stadtverordneten Frau Gärtner- Engel - Einwöchige Maßnahme in Südafrika -	14-20/1623

- |     |   |            |
|-----|---|------------|
| 7.4 | Anfrage des Stadtverordneten Herrn Dr. Haertel<br>- Genehmigungsfähiger Haushalt oder<br>ausgeglichener Haushalt -  | 14-20/1625 |
| 7.5 | Anfrage des Stadtverordneten Herrn Dr. Haertel<br>- Mitgliedschaft des Stadtverordneten Herrn<br>Akyol im Aufsichtsrat der Stadtwerke<br>Gelsenkirchen GmbH - | 14-20/1650 |
| 7.6 | Anfrage des Stadtverordneten Herrn Akyol<br>- Musiktheater im Revier -  | 14-20/1655 |
| 7.7 | Anfrage des Stadtverordneten Herrn Akyol<br>- Sport-Paradies -  | 14-20/1669 |
| 7.8 | Aktuelle Situation bei der Neuen Philharmonie<br>Westfalen e. V. (NPW)  | 14-20/1672 |





- Einsatz von OpenSource Systemen; Umgang mit Bürgeranregungen -. Er wolle nicht näher auf die inhaltlichen Aspekte eingehen, sondern sich auf die Verfahrensregelungen nach § 5 der Hauptsatzung der Stadt Gelsenkirchen in Verbindung mit § 24 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) beziehen. Der Beschlussvorschlag im Antrag sei absichtlich provokativ formuliert worden. In diesem besagten Fall sei die Anregung nach § 24 GO NRW nicht dem Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss vorgelegt worden. Dabei sei der Zuständigkeitsbereich der Stadt Gelsenkirchen betroffen. Es sei nicht nach den Verfahrensregelungen vorgegangen worden.

Herr Oberbürgermeister Baranowski verwies auf die Verfahrensregelungen nach § 5 der Hauptsatzung der Stadt Gelsenkirchen in Verbindung mit § 24 Gemeindeordnung NRW (GO NRW). Die Anregung sei am 15. Mai 2015 über das online Kontaktformular eingegangen und könne in der nächsten Sitzung des Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschusses vorgelegt werden.

Herr Dr. Schmitt schilderte, bedauerlicherweise sei die Anregung nicht nach § 24 GO NRW behandelt worden. Die Eingaben, die über das online Kontaktformular an die Stadt Gelsenkirchen gerichtet werden, seien nicht alle automatisch Anregungen oder Beschwerden nach § 24 GO NRW. Es sei in manchen Fällen nicht oder nur schwer ersichtlich, ob es sich tatsächlich um eine Anregung oder Beschwerde nach § 24 GO NRW handle. Dies sei auch bei der in Rede stehenden Anregung nicht klar definierbar gewesen. Man sei davon ausgegangen, dem Petenten sei es an einer zügigen und substantiellen Beantwortung gelegen. So habe man ihm direkt schriftlich geantwortet.

Herr Oberbürgermeister Baranowski bezog sich auf die Begründung des Antrages und erklärte, dass nicht alles, was von der Gemeindeprüfanstalt beanstandet werde, ohne Widerspruch bliebe. Der Feststellung der Gemeindeprüfanstalt zur Informationstechnik habe die Stadt widersprochen.

Frau Gärtner-Engel bekräftigte die Einhaltung der Verfahrensregelungen. Sie sehe auch die Notwendigkeit über die Verfahrensregeln zu diskutieren, falls sie verbesserungswürdig erscheinen, müssten diese auch nachgebessert werden.

Herr Dr. Haertel erklärte, Recherchen bei der Stadt München hätten ergeben, dass es Teil des Wahlprogramms des Oberbürgermeisters gewesen sei, zu Windows zurückzukehren.

Herr Heinberg richtete seinen Dank an Herrn Tertocha, der mit diesem Antrag den operativen Umgang mit Anregungen und Beschwerden zur Diskussion stelle. Er weise auf die Wichtigkeit hin, die selbstgegebenen Verfahrensregelungen einzuhalten. Er frage, ob es für das Verfahren ein Controlling gebe. Es sollte eine intensive Beschäftigung mit der Frage erfolgen, ob das Verfahren, wie es derzeit gehandhabt werde, optimal sei oder noch Überarbeitungsbedarf bestünde. Durch diesen Antrag sei nun ein Fall bekannt, bei dem das Verfahren falsch gelaufen sei. Er bitte die Verwaltung um Darstellung der bislang vorgekommenen Verfahrensfehler.

Herr Tertocha ergänzte, auch das Onlineformular sollte auf den Prüfstand gestellt werden. Dadurch könne eruiert werden, ob das Formular noch optimiert werden könne.

Herr Dr. Haertel erklärte, dass sich eine Klassifizierung von Anliegen der Bürgerinnen und Bürger nach § 5 Hauptsatzung der Stadt Gelsenkirchen in Verbindung mit § 24 GO NRW und anderen Anliegen nur schwer gestalten ließe.

Herr Oberbürgermeister Baranowski fasste abschließend zusammen, dass es nicht immer gleich erkennbar sei, ob es sich um eine Anregung oder Beschwerde nach § 24 GO NRW handele. Die Verwaltung nehme den Auftrag entgegen und werde überprüfen, inwieweit es Optimierungsmöglichkeiten der Verfahrensregelungen und des online Kontaktformulars gebe.

## 2. Bürgerschaftliche Initiativen

<b>Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss TOP: 2.1</b>	<b>Sitzungsdatum:</b>	<b>25.06.2015</b>
	<b>Drucksache Nr.:</b>	<b>14-20/1647</b>
		<b>14-20/1663</b>

Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW  
hier: Förderung Freie Netze / Freifunk

### **Beschlusstext (Drucksache Nr. 14-20/1663):**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Freifunk Community Gelsenkirchen in ihren Bemühungen zur Aufstellung von Freifunkroutern zu unterstützen. Die Unterstützung kann in der Gewährung von Zugang zu städtischen Gebäuden und ihrem Stromnetz bestehen. Die Verkehrssicherungspflicht und die Kosten für die Installation und Wartung sind von der Freifunk Community Gelsenkirchen zu übernehmen.

Mit Blick auf die rechtlichen Risiken für die Stadt Gelsenkirchen kann eine Bereitstellung von städtischen Internetanschlüssen nicht erfolgen.

Über die im Konzern Stadt Gelsenkirchen bereits vorhandenen Aktivitäten zur flächendeckenden Bereitstellung von WLAN-Verbindungen hinaus können keine weiteren personellen Ressourcen bereitgestellt werden. Eine ideelle und kooperative Unterstützung der Freifunk Community Gelsenkirchen bei ihrer Suche nach geeigneten Standorten für Hot-Spots soll jedoch erfolgen.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen

### **Erläuterungen:**

Da der Petent signalisiert hatte, von seinem Rederecht Gebrauch machen zu wollen, ließ Herr Oberbürgermeister Baranowski darüber abstimmen. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Niski teilte mit, er habe die Vorbereitungszeit für intensive Gespräche mit den Herren Stadtverordneten Kurth, Melerski und Hansen genutzt. Mit dem Antrag nach § 24 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) hätte der Freifunk-Rheinland e. V. der

Stadt Gelsenkirchen den Weg geebnet, WLAN-Hot-Spots anzubieten, die einer Verbesserung der Infrastruktur dienen. Die Begründung der Verwaltung sei aus seiner Sicht nicht stimmig. Man werde es an dieser Stelle auf sich beruhen lassen und diese so hinnehmen. Ergänzend bitte er um eine Präzisierung der Begründung zur Verkehrssicherungspflicht der Stadt Gelsenkirchen. Auch könne er der Begründung in dem Punkt nicht folgen, weil Freifunk in anderen Städten möglich sei und hier nicht. Die Erläuterungen zu dem Themenkomplex Störerhaftung seien ihm nicht hinreichend und nachvollziehbar. Der IT-Provider unterliege nicht der Störerhaftung.

Herr Sauerland erklärte in Bezug auf die Verkehrssicherungspflicht, dass die Stadt Gelsenkirchen für städtische Gebäude hafte. Wenn die Stadt „Verwaltungsfremden“ - in diesem Fall den Freifunkern - erlaube, etwas an den Gebäuden anzubringen, sei die Stadt zwar haftbar, in diesem Fall würde dann der Freifunk-Rheinland e. V. regresspflichtig sein.

Herr Dr. Hauptmanns erläuterte, die städtischen Dienstgebäude seien mit einer Mindestgeschwindigkeit für den Datenverkehr ausgestattet. Breitband koste Geld. Der Datenverkehr im städtischen Netz sei ausbaufähig, es gebe mitunter auch Kapazitätsprobleme.

Herr Hauer erkundigte sich nach den Vorteilen, die Freifunk-Rheinland e. V. mit der Anbindung hätte.

Herr Tertocha bezog sich zunächst auf die Verkehrssicherungspflicht. Er sehe es nicht, dass die Initiative für Schäden, wie zum Beispiel nach einem Unwetter, haftbar wäre. Es müsse eine Lösung in der Haftungsfrage herbeigeführt werden können, die dies ausschließe. Das Thema Breitband sei ihm zu unpräzise dargestellt. Er wolle wissen, wie andere Städte mit dem Firewallsystem umgingen.

Herr Kurth stellte fest, dass es sich bei den Freifunkern um Kooperationspartner und nicht um „Fremde“ handele. Die rechtlichen Bedenken ließen sich politisch nicht nachvollziehen. Die Datensicherheit sei ein sehr aktuelles Thema, daher lobe er die gkd-el für ihr Vorgehen bezüglich der Datensicherheit. Er bitte um die Klärung der offenen Fragen zu den Kosten und der Verkehrssicherungspflicht.

Herr Hansen fragte, warum man es nicht den Freifunkern überlasse, flächendeckend das Stadtgebiet mit Internet zu versorgen, wenn es GELSEN-NET nicht leisten könne.

Herr Dr. Haertel schlug vor, das Authentifizieren bei GELSEN-NET auszusetzen, um das städtische Angebot zu verbessern. Die Freifunk-Initiative sollte das Netz dort abdecken, wo GELSEN-NET es nicht leisten könne. Er begrüße besonders die Idee der Freifunker, WLAN in Flüchtlingsunterbringungen anbieten zu können. Bezüglich der Datensicherheit würde auch er eine starke Firewall vorziehen. Die Verkehrssicherheit sei auch mit zusätzlichen Kosten verbunden. Selbst private Kaffeemaschinen müssten in öffentlichen Gebäuden aus sicherheitstechnischen Gründen zertifiziert werden. Daher bitte er die Verwaltung diese Punkte nachzuarbeiten.

Herr Hauer erwähnte, dass aus seiner Sicht eine flächendeckende Abdeckung des Stadtgebiets nicht nur vorteilhaft wäre. Die Haftungsfrage müsste geklärt werden und in diesem Zusammenhang müsste auch offengelegt werden, inwieweit die städti-

schen Gebäude versichert seien.

Herr Tertoča äußerte, dass die Freifunk-Initiative auf Landesebene und in anderen Städten Router aufstellen könnten, doch hier sei dies nicht möglich. Der Provider würde der Störerhaftung nicht unterliegen.

Herr Oberbürgermeister Baranowski zitierte aus einem Antrag der Landtagsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN vom 16. Juni 2015. In diesem Antrag sei kein Wort zum Thema Verkehrssicherungspflicht erkennbar.

Herr Dr. Schmitt bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Sauerland zur Haftungsfrage. Der Stadt sei das Risiko zu hoch, wenn ein Fall für die Haftpflichtversicherung eintrete. Das Thema Störerhaftung sei noch nicht rechtlich festgelegt. Es gebe zwar bereits einige rechtskräftige Urteile, doch solange die Rechtsprechung dahingehend nicht eindeutig sei, bestehe auch hier ein Restrisiko, dass die Stadt Gelsenkirchen nicht auf sich nehmen wolle.

Frau Gärtner-Engel erkundigte sich, wie die anderen Städte diese offenen Fragen geklärt hätten.

Herr Dr. Schmitt antwortete, dass nach Recherchen in anderen Städten die Aussage getroffen worden sei, man habe sich über diese Themen gar keine Gedanken gemacht.

Herr Große Vogelsang erklärte, die gkd-el verfahren seit über 20 Jahren nach dieser Sicherheitsstrategie. Es gebe eine strikte Trennung. Externe Zugänge wären durch eine starke Firewall geschützt.

Herr Akyol wies daraufhin, die Frage bezüglich Breitband, die Herr Tertoča gestellt habe, sei bislang noch unbeantwortet geblieben. Er bitte zu ermitteln, wie hoch die Kosten für eine zusätzliche Versicherung wären. Man müsse dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger entsprechen.

Herr Tertoča schloss sich dem Hinweis auf seine bislang unbeantwortete Frage an und verwies nochmals auf die Machbarkeit in anderen Städten.

Herr Dr. Hauptmanns erklärte, er könne weder zur Verteilung der 250 Gebäudeanschlüsse noch zu der Vorgehensweise nähere Angaben machen. Er werde die Beantwortung zur Niederschrift darlegen.

Hinweis der Verwaltung: Die Antworten sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Kurth nahm Bezug auf das Beispiel der Nutzung von privaten Kaffeemaschinen. Dabei würden Kosten für die Wartung anfallen. Wenn die Leitungen für eine externe Kommunikation geöffnet würden, wolle er nicht die Verantwortung tragen und das Sicherheitskonzept der gkd-el in Frage stellen.

Herr Niski erklärte, diese Probleme spielten in anderen Städten keine Rolle. Zum Beispiel in Arnsberg seien diese Probleme nicht existent. Bezüglich der Störerhaftung bestünde kein großes Risiko mehr.

Herr Dr. Haertel wollte das Risiko nicht eingehen. Er könne es auch nicht lapidar abtun, wie Herr Niski es im Kern geäußert habe, dass schon alles gut gehen werde. Er wünsche, dass die Fragen der Haftung und der Versicherung durch die Verwaltung nachgearbeitet werden. Namens seiner Fraktion erklärte er, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss TOP: 3

Sitzungsdatum: 25.06.2015  
Drucksache Nr.: 14-20/1425

Kleingartenwesen – Änderung des bestehenden Zwischenpachtvertrages mit dem Stadtverband der Kleingärtner

**Beschlusstext:**

Der Änderung des bestehenden Zwischenpachtvertrages mit dem Stadtverband der Kleingärtner zur Anpassung des zeitgemäßen Umgangs mit Einzelregelungen und mit baulichen Einrichtungen innerhalb von Dauerkleingartenanlagen, wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Erläuterungen:**

./.

Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss TOP: 4

Sitzungsdatum: 25.06.2015  
Drucksache Nr.: 14-20/1605

Klimaschutz in Gelsenkirchen  
Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes Gelsenkirchen 2020  
hier: Klimaschutz-Maßnahmenprogramm (KSMP) 2015 - 2017

**Beschlussempfehlung an den Rat der Stadt:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. das Klimaschutz-Maßnahmenprogramm 2015 - 2017 umzusetzen,
2. dies mit Hilfe von aus der Klimaschutzinitiative des Bundes für weitere 2 Jahre (01.09.2015 – 31.08.2017) geförderte Personalressourcen durch Weiterbeschäftigung der beiden Klimaschutzmanagerinnen in der Koordinierungsstelle Klimaschutz im Referat Umwelt zu unterstützen,
3. das Angebot der Verbraucherzentrale NRW zur Fortführung der Energieberatungsstelle in Gelsenkirchen anzunehmen und den bestehenden Vertrag um weitere 30 Monate bis zum 31.12.2017 zu verlängern.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Erläuterungen:**

Frau Totzeck erkundigte sich, ob es schon eine Entscheidung gebe und was mit den beiden Klimamanagerinnen passiere, wenn die Förderung entfalle.

Herr Harter antwortete, eine Entscheidung liege noch nicht vor. Der Förderantrag sei gestellt und es müsse nun abgewartet werden.

**Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss TOP: 5**

**Sitzungsdatum: 25.06.2015  
Drucksache Nr.: 14-20/1622**

Schulsekretariate der Stadt Gelsenkirchen; Änderung der Berechnungsgrundlage und Anpassung des Stundenkontingents der Schulsekretärinnen

**Beschlusstext:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Änderung der bestehenden Berechnungsgrundlage verbunden mit der Anpassung des Stundenkontingentes für die Schulsekretärinnen mit Beginn des Schuljahres 2015/2016 umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Erläuterungen:**

./.

**6. Beschaffungen für die Feuerwehr**

**Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss TOP: 6.1**

**Sitzungsdatum: 25.06.2015  
Drucksache Nr.: 14-20/1627**

Zwei Rettungstransportwagen für die Berufsfeuerwehr

**Beschlusstext:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zwei Rettungstransportwagen (RTW) für die Berufsfeuerwehr zu beschaffen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Erläuterungen:**

./.

Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss TOP: 6.2

Sitzungsdatum:

25.06.2015

Drucksache Nr.:

14-20/1624

Sechs Mannschaftstransportfahrzeugen für die Freiwillige Feuerwehr

**Beschlusstext:**

Die Verwaltung wird beauftragt, sechs Mannschaftstransportfahrzeuge (MTF) für die Freiwillige Feuerwehr zu beschaffen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Erläuterungen:**

./.

Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss TOP: 7

Sitzungsdatum:

25.06.2015

Mitteilungen und Anfragen

Die Mitteilungen 7.1 bis 7.8 wurden zur Kenntnis genommen.

Es wurden folgende Anfragen gestellt:

1. Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Stadtwerke Gelsenkirchen GmbH von Herrn Dr. Haertel

Herr Akyol fragte nach, wie lange Herr Dr. Haertel im Aufsichtsrat der Stadtwerke Gelsenkirchen GmbH, vormals GEW, gewesen sei.

Herr Dr. Haertel teilte mit, er sei seit 1999 Mitglied und seit 2004 Vorsitzender im Aufsichtsrat der Stadtwerke Gelsenkirchen GmbH, vormals GEW.

## 2. Pacht und Flohmarkt Schalke

Herr Akyol bezog sich auf seine Anfrage aus der Sitzung vom 21. Mai 2015, die im Rahmen der Mitteilungsvorlage mit der Drucksache Nr. 14-20/1666 zu dieser Sitzung nach seiner Auffassung nicht hinreichend beantwortet worden sei. Daher stelle er die Fragen erneut mit der Bitte an die Verwaltung, diese präziser zu beantworten.

- Warum hat man das Areal Schalke 04 nicht lediglich zweckgebunden, d. h. nur zum Parken vor Veranstaltungen in der Schalcker Arena überlassen?
- Warum hat man das Pachtverhältnis (und somit die Einnahmen), was nichts mit der Nutzung des Areals vor Veranstaltungen gemein hat, Schalke 04 überlassen?
- Für welchen Zeitraum war der Pachtvertrag geschlossen?
- Hat es Ansätze beziehungsweise Überprüfungen dahingehend gegeben, ob die gezahlte Pacht marktgerecht ist und welche maximale Pacht man erzielt hätte erzielen können?
- Wäre die Ausschreibung einer Pacht für den Flohmarkt möglich gewesen?

## 3. Sportparadies

Herr Akyol bezog sich auf die, von ihm in der Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalaussschusssitzung am 21. Mai 2015 gestellte Anfrage. Ergänzend zu der Beantwortung dieser Anfrage, bittet er die Verwaltung um Beantwortung, wo es im Winter Gelegenheit gebe, Bahnen im Sport-Paradies zu schwimmen.

## 4. Angebot von Ferienfreizeiten

Frau Gärtner-Engel bezog sich auf die Presseberichte, in der über die Absage der diesjährigen Reiterfreizeit in Orfű und einer „Ersatzfreizeit“ in Frankreich berichtet worden sei. Sie bitte in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Kosten ergaben sich aus der Absage der Reiterfreizeit in Ungarn?
- Ist der Verwaltung bekannt, ob dies Nachteile für Beschäftigte in Ungarn bedeutet?
- Welche Finanzsumme und –struktur (städtische Anteile, Eigenanteile von Eltern, Teilhabepaket etc.), welche finanziellen Belastungen entstehen aus dem Alternativangebot?

- Welcher zusätzliche Aufwand/welche finanzielle Belastung entsteht gegenüber den ursprünglichen Reiterhof-Ferien?

#### 5. Allgemeine Städtische Sozialdienst

Herr Hauer bezog sich auf die Mitteilungsvorlage mit der Drucksache Nr. 14-20/1597, in der seine Anfrage aus der Sitzung vom 21. Mai 2015 beantwortet worden sei. Er bitte um ergänzende Beantwortung der folgenden Frage:

- In wie weit wurde mit der Gewerkschaft Vereinbarungen/Abmachungen im Zuge der Fragestellung getroffen, so dass es bei weiteren Streiks keine Unterbesetzung beim ASD und BSD gibt und somit die Betreuung gerade bei Kindeswohlgefährdung gesichert ist?

#### 6. Tätigkeitsbericht der Stadtwerke Gelsenkirchen GmbH

Herr Hauer fragte nach, wie viele Informationen/Sachstandsberichte (Aktivitäten/ Schwierigkeiten/Überlegungen/Ergebnisse etc.) es durch den Aufsichtsrat/Geschäftsführer der GEW/ Stadtwerke an den Rat der Stadt und somit an die Stadtverordneten und welche Informationen es genau in den letzten fünf Jahren gegeben habe.

#### 7. Ansiedlung eines Unternehmens im Gewerbepark A 42

Herr Tertoča bezog sich auf eine Pressemitteilung vom 24. November 2014, aus der hervorgehe, dass mit der Ansiedlung eines Unternehmens im Gewerbepark A 42 nach Angaben des Unternehmens im ersten Schritt rund 200 neue Arbeitsplätze entstünden. Weitere sollten folgen. Im November 2014 sei öffentlich nur der Projektentwickler DLG, der sich als Logistikunternehmen dort konkret ansiedeln wolle, genannt worden. Weitere Informationen sollten folgen, wenn es spruchreif wäre. Ebenso sei in der Pressemitteilung der Stadt Gelsenkirchen darauf verwiesen worden, die Weichen für eine kurzfristige Bauantragstellung seien gestellt, mit dem Ziel der Betriebsaufnahme im Sommer 2015.

Er bitte die Verwaltung in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie ist der aktuelle Stand bei diesem Ansiedlungsprojekt?
- Wann wird mitgeteilt, welches Unternehmen sich dort ansiedeln wird?
- Für welchen Termin ist die Betriebsaufnahme geplant?

8. Ratten

Frau Totzeck berichtete über Beobachtungen von Bürgerinnen und Bürgern, die in Gelsenkirchen-Buer vermehrt Ratten gesehen haben. Dies sei besonders im Bereich der Buer-Gladbecker-Straße/Ecke Dorstener Straße und im Wohnbereich der Lindenstraße der Fall.

Sie bitte in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

- Ist der Verwaltung das Problem bekannt?
- Falls ja: Welche Maßnahmen wurden bereits eingeleitet?
- Falls Nein: Was gedenkt die Verwaltung zu unternehmen?
- Welche Ursache hat die enorme Zunahme der Schadnager?



**Anwesenheitsliste für die Niederschrift der 10. Sitzung des Haupt-, Finanz-,  
Beteiligungs- und Personalausschusses**

**am 25. Juni 2015**

**Beginn: 13.01 Uhr**

**Ende: 14.59 Uhr**

Lfd. Nr.	Vorname, Name	An- wesend (x)	Abweichende Anwesenheit	
			Beginn TOP / Uhrzeit	Ende TOP / Uhrzeit
1	Herr Ali-Riza Akyol, WIN	x		
2	Herr Axel Barton, SPD	x		
3	Herr Lutz Dworzak, SPD			
4	Frau Monika Gärtner-Engel, AUF GE	x		
5	Herr Martin Gatzemeier, DIE LINKE	x		
6	Herr Dr. Klaus Haertel, SPD	x		
7	Herr Kevin Gareth Hauer, PRO NRW	x		
8	Herr Jürgen Hansen, PIRATEN	x		
9	Herr Wolfgang Heinberg, CDU	x		während TOP 2.1
10	Herr Martin Jansen, AfD	x		
11	Herr Sascha Kurth, CDU	x		
12	Herr Hans-Werner Mach, SPD	x		
13	Frau Silke Ossowski, SPD	x		
14	Herr Dr. Heinz-Günter Pruin, SPD	x		
15	Frau Martina Rudowitz, SPD	x		
16	Herr Jens Schäfer, FDP			
17	Herr Peter Tertocha, GRÜNE	x		
18	Frau Christina Totzeck, CDU	x		
19	Frau Birgit Welker, SPD			
20	Frau Margret Schneegans, SPD Vertreterin für Herrn Lutz Dworzak, SPD	x		
21	Herr Manfred Leichtweis, SPD Vertreter für Frau Birgit Welker, SPD	x		

Von der Verwaltung				
22	Herr Frank Baranowski, OB	x		
23	Herr Dr. Christopher Schmitt, V 1	x		
24	Herr Dr. Manfred Beck, StD./V 4	x		
25	Frau Karin Welge, V 5	x		
26	Herr Martin Harter, V 6	x		

Von der Verwaltung				
27	Herr Udo Steinke, OB/BL	x		
28	Herr Maik Luhmann, OB/PR	x		
29	Herr Martin Schulmann, ÖA	x		
30	Herr Jürgen Sauerland, 3	x		
31	Herr Theodor Wagner, 10	x		
32	Herr Daniel Schweihoff, VB 2	x		
33	Herr Ulrich Nadrowski, 20	x		
34	Herr Dr. Peter Hauptmanns, gkd-el	x		
35	Herr Karl Große Vogelsang, gkd-el	x		
36	Herr Mathias Hapich, DSB	x		
37	Herr Michael Axinger, 37	x		
38	Frau Gabriele Bitter, Personalrat	x		
39	Herr Jörg Kemper, 2 - als Schriftführer -	x		
40	Frau Kathrin Albrecht, 2 - als Protokollführerin -	x		
41	Herr Hans-Georg Nasiadek, 2	x		
42	Herr Norman Bork, 2	x		
43	Frau Marion Ratajczak, 2	x		
44	Frau Gerlinde Nadler, 2	x		

Gäste				
45	Herr Heinz Niski	x		